

Berlin 12.01.2024

**Stellungnahme der
Deutschen Gesellschaft für Psychologie
zum geplanten
Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung in der Medizin**

**Mehr gesundheitspsychologisches und klinisch-psychotherapeutisches
Fachwissen berücksichtigen!**

Anlass für unsere Stellungnahme ist die angekündigte Gründung eines Bundesinstituts für Prävention und Aufklärung in der Medizin (z. B. Pressemitteilung vom Bundesministerium für Gesundheit vom 04.10.2023).

Das Bundesinstitut soll einen Beitrag zur Prävention von Volkskrankheiten leisten und die Information der Bevölkerung über diese verbessern. Als Reaktion auf die Ankündigung erschien bereits am 14.11.2023 eine Stellungnahme des Zukunftsforums Public Health. In dieser Stellungnahme wird ein fehlender „Health in all Policies“-Ansatz, ein zu enger Fokus auf drei Krankheitsgruppen sowie eine dysfunktionale Versäulung durch die institutionelle Trennung von Infektionskrankheiten und nicht-übertragbare Krankheiten kritisiert. Als Konsequenz ergeben sich die folgenden Kritikpunkte:

- Die Wirksamkeit von Gesundheitsmaßnahmen wird beeinträchtigt.
- Andere wichtige Gesundheitsprobleme werden vernachlässigt.
- Synergien und effiziente Lösungen werden verhindert.

Diesen Kritikpunkten stimmen wir zu. Wir begrüßen, dass die Stellungnahme neben den Themen Übergewicht im Kindesalter sowie Krebs- und Herzkrankheiten auch die Berücksichtigung psychischer Probleme in den Fokus rückt. Allerdings möchten wir aufgrund der weitverbreiteten Prävalenz von psychischen Erkrankungen nachdrücklich darauf hinweisen, dass eine verstärkte Gewichtung der Prävention psychischer Erkrankungen und der Förderung der psychischen Gesundheit erforderlich ist.

Einbindung von psychologischem Fachwissen: Es ist wichtig sicherzustellen, dass Expert*innen aus der Psychologie in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um ein breiteres und besseres Verständnis von Gesundheit und Wohlbefinden zu gewährleisten. Die Psychologie spielt eine zentrale Rolle bei der Erhaltung und Förderung der biopsychosozialen sowie kulturellen Gesundheit. Schwerpunkte der Klinischen Psychologie sind die Erforschung, Diagnostik und Psychotherapie psychischer Erkrankungen sowie psychischer Aspekte körperlicher Erkrankungen. Die Gesundheitspsychologie verfügt über eine spezifische Expertise zur Verhaltensänderung, zur Förderung gesundheitsförderlicher Lebensstile und damit über eine strategische Expertise sowohl in der Gesundheitsförderung, als auch in der Prävention und Behandlung von Krankheiten, sowie in der Förderung der Rehabilitation. Diese psychologische Expertise ist für die Entwicklung wirksamer Interventions- und Präventionsstrategien für die Bevölkerung unverzichtbar und sollte aus unserer Sicht unbedingt strukturell in ein Bundesinstitut für Prävention und Aufklärung einbezogen werden.

Stärkere Berücksichtigung von psychosozialen Faktoren und Überwindung der Einengung und eines überholten Verständnisses von Prävention, Gesundheit und Gesundheitsförderung: Die Vernachlässigung von psychosozialen Aspekten in der öffentlichen Gesundheitspolitik beeinträchtigt die ganzheitliche Betrachtung der Gesundheit. Psychische und soziale Faktoren spielen eine entscheidende Rolle im Gesundheitszustand der Bevölkerung und sollten in die Planung und Umsetzung von Maßnahmen einbezogen werden. Konkret möchten wir betonen, dass Prävention und Gesundheitsförderung nur durch multidisziplinäre Ansätze gelingen können, denn Gesundheit wird definiert als „state of complete physical, mental and social well-being, and not merely the absence of disease or infirmity“ (World Health Organization, 1946). Insbesondere stellt die Berücksichtigung der psychosozialen Determinanten von Gesundheit sicher, dass Gesundheitsmaßnahmen gerecht und inklusiv sind.

Prävention im Bereich der psychischen Gesundheit einbeziehen: Ein Institut für öffentliche Gesundheit sollte auch eine umfassende Präventionsstrategie für psychische Gesundheitsprobleme verfolgen. Die Förderung psychischer Resilienz, Stressbewältigung und die Reduzierung von Stigmatisierung sind entscheidende Elemente für eine ganzheitliche Gesundheitsförderung. Wir empfehlen dringend, weder im Konzept des geplanten Bundesinstituts noch in seinem Namen eine Verengung auf die Disziplin der Medizin vorzunehmen. Vielmehr sollte unbedingt der Multidisziplinarität von Prävention und Gesundheitsförderung Rechnung getragen werden. An dieser Stelle möchten wir auch auf die in der bisherigen Diskussion vernachlässigten Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen hinweisen, die in der öffentlichen Gesundheitspolitik besonders berücksichtigt werden müssen. Hierzu zählt auch die Integration von Pädagog*innen und Bildungsexpert*innen, die dazu beitragen, Gesundheitsbildung in Schulen zu integrieren, um beispielsweise Health Literacy zu steigern, also die Gesundheitskompetenz von Schüler*innen zu fördern.

Diese Kritikpunkte sollten im weiteren Prozess unbedingt adressiert werden. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie steht gerne bereit, sich mit ihren Expertinnen und Experten an diesem Prozess zu beteiligen.

Ihre Ansprechpersonen:

Prof. Dr. Stefan Schulz-Hardt
Präsident der DGPs

Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Erste Vizepräsidentin der DGPs

E-Mail: praesident@dgps.de

E-Mail: vize1-praesidentin@dgps.de

Mitwirkende an der Stellungnahme:

Für die Fachgruppe Gesundheitspsychologie:

- Prof. Dr. Gudrun Sproesser (Johannes Kepler Universität Linz)
- Dr. Mario Wenzel (Johannes Gutenberg-Universität Mainz)
- Prof. Dr. Jana Strahler (Albert-Ludwigs-Universität Freiburg)
- Dr. Anna M Biller (Technische Universität München)
- Julia Koller, M.Sc. (Universität Konstanz)

Für die Fachgruppe Klinische Psychologie und Psychotherapie

- Prof. Dr. Tania Lincoln (Universität Hamburg)